

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBF
Abteilung Allgemeine Bildung und
Bildungszusammenarbeit
Effingerstrasse 27
3003 Bern

Zürich, 13. Februar 2013 JAB

**VERNEHMLASSUNG: TOTALREVISION DES BUNDESGESETZES VOM 6. OKTOBER 2006 ÜBER
BEITRÄGE AN DIE AUFWENDUNGEN DER KANTONE FÜR STIPENDIEN UND STUDIENDARLEHEN IM
TERTIÄREN BILDUNGSBEREICH (AUSBILDUNGSGESETZ, SR 416.0)
Frist: 14. Februar 2013**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH begrüsst den vorliegenden Entwurf, der die Förderung der Harmonisierung des Stipendienwesens zum Ziel hat und der mithilft, die durch das Stipendien-Konkordat der Kantone bereits eingeleitete Harmonisierung (Quorum erreicht, tritt am 1. März 2013 in Kraft) zu beschleunigen. Ein besseres Stipendienwesen ermöglicht die Qualifizierung auf Tertiärstufe unabhängig vom finanziellen Hintergrund der Studierenden und kann helfen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Aus Sicht des **Dachverbandes Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH** bleiben die Vorschläge des Bundes zu unverbindlich. Die Kompetenzen sind in der Bundesverfassung, Artikel 66, Absatz 1 und 2 (Ausbildungsbeiträge) im Wesentlichen festgehalten. Der Bund müsste stärker koordinieren, eine einheitliche Umsetzung durch die Kantone fordern und in den Ausführungsbestimmungen festhalten. Zusätzlich zur Förderung der Harmonisierung sollte sich der Bund auch mit eigenen, weitergehenden Massnahmen für die Verstärkung des Stipendienwesens einsetzen. So müssten die finanziellen Anreize des Bundes weiter gehen als vorgeschlagen. Die Ausbildungsbeiträge von Bund und Kantonen haben in den vergangenen 20 Jahren trotz steigender Studierendenzahlen abgenommen!

Der **Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH** bejaht das Subsidiaritätsprinzip, wonach die Leistungen von Bund und Kantonen die Leistungen der Einzelnen und ihrer Familien ergänzen. Die Ausbildung muss für die Studierenden, ihre Familien, die Kantone und den Bund finanzierbar sein. Stipendien als soziale Abfederung müssen aber grosszügig bemessen sein, was zur Zeit nicht der Fall ist. Folgende Punkte sind dabei besonders zu beachten:

a) Nahezu alle Studierenden sind zu einem gewissen Teil berufstätig, da auch Maximalstipendien die Lebenskosten nur ergänzen. Stipendien sollten es jedoch ermöglichen, dass nicht zu viel Zeit für Erwerbstätigkeit aufgewendet werden muss. Gleichzeitig darf erwartet werden, dass Stipendien an den Studienerfolg gekoppelt sind.

b) Darlehen, die in Ergänzung zu Stipendien gewährt werden, dürfen nicht zu einer abschreckenden Belastung werden. Gerade gut ausgebildete junge Menschen müssen oft prekäre Arbeitsbedingungen akzeptieren (z.T. schlecht bezahlte Praktika oder unter dem Existenzminimum liegende Löhne für Ausbildungsstellen an öffentlichen Einrichtungen, Doktorandenstellen usw.). Des Weiteren beginnt die Tilgung

der Darlehen zu einem Zeitpunkt, da allenfalls Familien gegründet werden. Eine grosszügige, auf lange Fristen angelegte Tilgungsregelung ist notwendig.

c) Die Bemessungsgrundlage für Familien, die Anspruch auf ein Maximalstipendium haben, sind höher anzusetzen als die SKOS-Richtlinien dies vorgeben. Wenn es wirklich darum geht, jungen Menschen vermehrt eine höhere Ausbildung zu ermöglichen, soll die Familie nicht an der Armutsgrenze leben müssen.

Im Folgenden möchte der **Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH** einige Punkte explizit einbringen:

Art. 5, Absatz 2 ersetzen durch: „Die Kantone legen für den Bezug von Stipendien keine Alterslimite fest.“
Begründung: Es ist auch Nachholbildung finanziell zu fördern.

Art. 10, Absatz 3 streichen (finanzielle Einschränkung der freien Studienwahl).

Art. 11, Absatz 2 folgenden Satz streichen: „bei der Berechnung der entsprechenden Beitragsdauer kann jedoch die erste Ausbildung in Abzug gebracht werden“.

Begründung: Ein einmaliger Studienwechsel muss ohne diese zusätzliche finanzielle Belastung möglich sein.

Abschliessend hält der **Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH** nochmals fest, dass ohne Erhöhung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel durch Bund und Kantone das Ziel, jungen begabten Menschen aus einkommensschwächeren Familien in grösserer Zahl eine Ausbildung auf Tertiärstufe zu ermöglichen, nicht erreicht werden kann.

Freundliche Grüsse
Lehrerinnen und Lehrer Schweiz



Beat W. Zemp
Zentralpräsident



Franziska Peterhans
Zentralsekretärin